**Lernprogramm Aufklärung**

Kapitel 5: Dossier Lehrpersonen

**Die Staatslehre**

**Aufgabe 1a:**

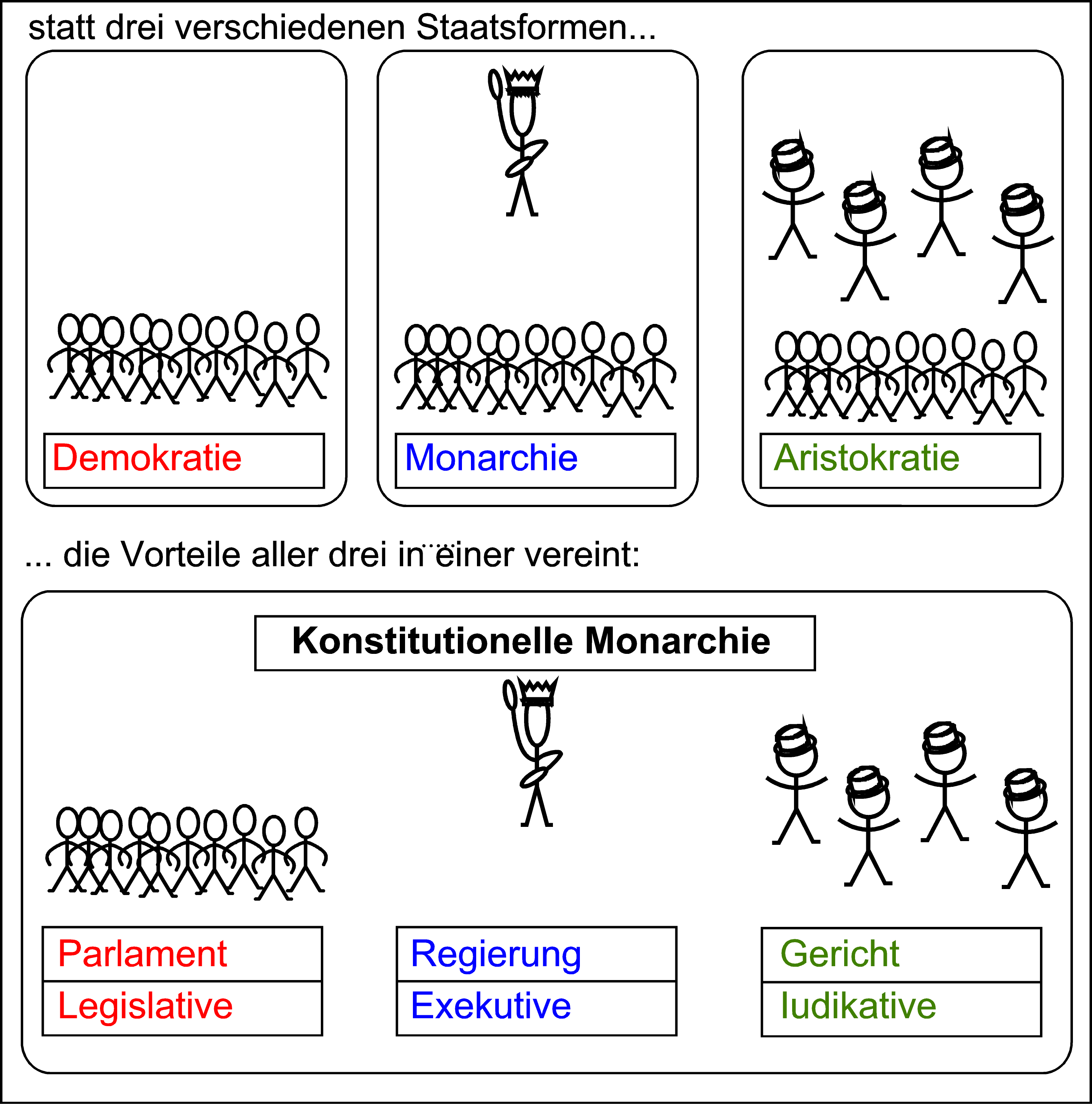
Die SchülerInnen werden vielleicht erwähnen:

* Schutz des Lebens
* Schutz vor Verletzungen (Folter, Körperstrafe)
* Recht auf Freiheit, Eigentum, Handeln im Rahmen der Legalität
* Glaubens- und Gewissensfreiheit
* Meinungsäusserungs- und Informationsfreiheit
* Versammlungs- und Reisefreiheit
* Gleichberechtigung
* Recht auf Bildung, Gesundheitspflege, Fürsorge

**Aufgabe 1b:**

Rousseau versteht die persönliche Freiheit nicht nur als Recht, sondern auch als Pflicht. Denn wenn Menschen auf Pflichten wie zum Beispiel das Wählen verzichten, so unterlaufen sie den Grundsatz der Gleichheit aller Menschen, indem sie andere zu ihren Herren machen.

**Aufgabe 2:**



**Aufgabe 3a:**

Der König Friedrich II. sitzt zwar in der Mitte, aber hebt sich nicht von der Tafelrunde ab. Der Maler hebt seine Stellung durch die halbgeöffnete Tür hinter ihm und den Kronleuchter, der auf ihn zu zeigen scheint, hervor. Der König zeigt sich als Diskussionsteilnehmer, nicht als Befehlsgeber.

**Aufgabe 3b:**

Die Aufklärer konnten den König unterstützen und seine Stellung rechtfertigen – die Aufklärung verlangte, wie das Beispiel von Montesquieu zeigt, nicht die Abschaffung der Monarchie. Die Aufklärer konnten aber den König auch in Probleme bringen, wenn sie seine Herrschaft im Sinn der Aufklärung ungünstig beurteilten; und der König konnte Aufklärer in den Kerker, etwa in die Bastille in Paris, werfen lassen.

**Aufgabe 10:**

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| Absolutismus  Jagdverbot für Bauern | Legislative  König erlässt die Vorschrift, dass nur die Adligen in den Wäldern jagen dürfen | Exekutive  König lässt die Vorschrift in den Dörfern verkünden und ihre Einhaltung kontrollieren | Iudikative  König lässt erwischte Wilderer (die widerrechtlich jagen) verurteilen und bestrafen. |
| Schweiz  Rauchverbot an Bahnhöfen | Legislative  National- und Ständerat beschliessen ein Rauchverbot an den Bahnhöfen | Exekutive  Bundesrat lässt die SBB und Privatbahnen das Verbot durchsetzen. | Iudikative  Wer bestraft wird, kann sich vor Gericht, im Extremfall beim Bundesgericht, dagegen beschweren. |
| Gemeinde  Geschwindigkeits­begrenzung in einem Quartier | Legislative  *Gemeindeversammlung oder Einwohnerrat (o. Ä.)* beschliesst die Temporeduktion auf Quartierstrassen | Exekutive  *Gemeinderat (o. Ä.)* beauftragt Verkehrsdienst oder Unternehmen mit der Signalisierung und die Polizei mit Kontrollen. | Iudikative  Wer zu schnell fährt und erwischt und gebüsst wird, kann sich vor Gericht Gehör verschaffen. |